

Landeshauptstadt Magdeburg
Ergänzungsantrag

zum Verhandlungsgegenstand Datum

A0037/04/1/1 öffentlich Antrag 06.07.2004

Absender PDS-Fraktion im Magdeburger Stadtrat	
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 07.07.2004
Kurztitel Uni- und Hochschulstandort Magdeburg	

1.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Stadtrat (v.a. die Ausschüsse für Bildung, Schule, Sport sowie für Kultur) darüber zu informieren, welche qualitativen und quantitativen Nachteile der Landeshauptstadt Magdeburg durch die beabsichtigte Schließung von Wissenschaftsbereichen der Otto-von-Guericke-Universität entstehen.

2.

Den Ausschüssen für Bildung, Schule, Sport sowie für Kultur wird empfohlen, sich in einer öffentlichen Anhörung mit den betroffenen Einrichtungen über die konkreten Auswirkungen der Umstrukturierung der Hochschullandschaft auf Einrichtungen in Magdeburg sowie auf die Entwicklung der Studentenzahlen sachkundig zu machen. Der Stadtrat soll über die Anhörungsergebnisse informiert werden.

3.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Land Sachsen-Anhalt über geeignete Kompensationen für Nachteile aus der Schließung von Instituten zu verhandeln und den Stadtrat über den Verlauf und die Ergebnisse zu unterrichten.

4.

Der Antrag A0037/04 wird mit der Stellungnahme der Verwaltung S0117/04 und dem Ergänzungsantrag in die Ausschüsse Bildung, Schule, Sport und Kultur zur weiteren Beratung verwiesen.

Begründung:

Der Antrag der Ratsfraktion „Bündnis 90 / Die Grünen – future! die Jugendpartei“ ist zu einem Zeitpunkt gestellt worden, zu dem wesentliche Fragen noch offen waren. Inzwischen hat sich die Otto-von-Guericke-Universität entschieden, wie sie den Auflagen des Kultusministeriums entsprechen will. Sie folgt damit weitgehend den Empfehlungen zur Hochschulstruktur des Landes Sachsen-Anhalt.

Diesen Prozess wird die Landeshauptstadt Magdeburg auch bei gutem Willen und einer jährlichen Bereitstellung eines entsprechenden Finanzbudgets nicht rückgängig machen können. Im Interesse der Stadt liegt es allerdings, die Auswirkungen der Umstrukturierung auf die Stadtentwicklung durch geeignete Kompensationen zu minimieren bzw. neue Potenzen zu erschließen.

Hans-Werner Brüning
Fraktionsvorsitzender